

Ernüchternde Bilanz zum „Jahr der Jugend“

Krieg, Krisen, Klimakatastrophen ließen fast in Vergessenheit geraten, dass das Jahr 2022 das Europäische Jahr der Jugend sein sollte. Das jedenfalls war der Anspruch. Doch die Bilanz fällt ernüchternd aus. Ein gutes Jahr für die junge Generation war es leider nicht. Statt Aufbruchstimmung und hoffnungsfrohen Perspektiven nach drei Jahren Pandemie neue Ängste, Belastungen und ja, schreckliches ungeahntes Leid. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat einmal mehr gezeigt, dass es die Kinder und Jugendlichen sind, die am schlimmsten betroffen sind. Flucht und Vertreibung, Deportationen, Traumatisierung und der Verlust von nahen Angehörigen – all das ist die Lebensrealität der jungen Generation in der Ukraine. Und selbst für diejenigen, die in der EU Schutz gefunden haben, bleibt es trotz großen staatlichen und ehrenamtlichen Engagements schwer.

Nein, 2022 war kein gutes Jahr für Kinder und Jugendliche, nicht in den Kriegs- und Krisenregionen dieser Welt und auch nicht bei uns. So bewerteten viele Jugendvertreterinnen und -vertreter das Ergebnis der Weltlimakonferenz in Scharm El-Scheich als enttäuschend. Forderungen junger Aktivistinnen und Aktivisten nach größeren Anstrengungen beim Klimaschutz in Deutschland verhallen in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft. In der Gesamtbevölkerung ist die Empörung über illegale Protestformen häufig um ein Vielfaches lauter als der Ruf nach ambitionierteren Maßnahmen, die unseren Beitrag zum Klimawandel signifikant reduzieren. Doch junge Menschen werden noch durch weit mehr Probleme belastet. Die im November veröffentlichte Studie von Jugendforscher Simon Schnetzer und Prof. Dr. Klaus Hurrelmann zeigt, dass die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie in der Psyche der Jugend dramatische Langzeitspuren hinterlassen haben. Gleichzeitig ver-



Jetzt erst recht! Europa-Union und JEF sind bereit, sich den Herausforderungen des Jahres 2023 zu stellen und ihren Beitrag zu leisten für eine lebenswerte Zukunft in einem friedlichen, freiheitlichen und demokratischen Europa.

Foto: JEF Deutschland

düstere sich der Blick in die Zukunft unter dem Eindruck von Klimakrise, Krieg und Inflation. „Die EU braucht endlich eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Leben junger Menschen nachhaltig verbessert“, fordert denn auch die JEF mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern. Diese breche das Versprechen Europas, jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu bieten.

Die demographische Entwicklung in Deutschland und der EU führt zudem dazu, dass junge Menschen auch unter den Wahlberechtigten eine immer kleiner werdende Minderheit darstellen. Oft entsteht der Eindruck, dass Politik hauptsächlich für Ältere gemacht wird und die fundamentalen Interessen junger Menschen und der nachfolgenden Generationen vernachlässigt werden.

Dabei ist es überaus wichtig, die Interessen junger Menschen in der Politik zu berücksichtigen, sie konkret einzubinden und ihnen Mitsprache zu ermöglichen. Das Europäische Jahr der Jugend sollte dazu dienen, Jugendlichen mehr Sichtbarkeit zu geben und sie zu motivieren, sich politisch

einzubringen. Vertreterinnen und Vertreter der Jungen Europäischen Föderalist*innen waren als junge Stimmen häufig bei Konferenzen und Veranstaltungen eingeladen. Es reiche aber nicht, dass Jugendliche auf dem Podium sitzen, weil gerade Europäisches Jahr der Jugend ist, mahnte die JEF-Bundesvorsitzende Clara Föllner beim EUD-Bundeskongress. Die Interessen der Jugend müssten bei allen Zukunftsfragen mit einbezogen werden. „Das heißt, dass wir mitreden und mitgestalten wollen.“

Bei der kommenden Europawahl wird dies für 1,4 Millionen Jugendliche erstmals möglich sein. Im November beschloss der Bundestag, das Wahlalter zur Europawahl auf 16 Jahre zu senken. Eine Forderung von JEF und Europa-Union wird damit Wirklichkeit. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit von mehr und früherer (europa-)politischer Bildung in den Schulen. Die Ansprache von Erstwählerinnen und Erstwählern, der Einsatz für eine europapolitische Bildungskampagne – ein wichtiges, lohnenswertes Betätigungsfeld auch für unsere Verbände in 2023 und darüber hinaus (mehr dazu auf den Seiten 2 und 3). ◆

Bundestag beschließt Wahlrecht ab 16 bei Europawahlen

Ein Kommentar von Prof. Dr. Hermann Heußner

Die Absenkung des Wahlalters bei der Europawahl auf 16 Jahre ist ein enormer Fortschritt für die Europäische Demokratie und eine große Chance für eine europapolitischen Bildungskampagne.

Dem Ideal der Demokratie näher

Demokratie heißt „Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“ (Abraham Lincoln). Zur Bürgerschaft der Europäischen Union gehören alle Staatsbürger der verschiedenen Mitgliedsländer. Es gilt: „eine Person, eine Stimme“. In der Rechtswirklichkeit sind die Kinder und Jugendlichen vollwertige Staatsbürger wie alle anderen, vom Wahlrecht jedoch ausgeschlossen. Dieser Demokratiemangel ist jetzt deutlich kleiner geworden. Denn der Bundestag hat am 10.11.2022 das Europawahlgesetz geändert und das Mindestwahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Damit dürfen ca. 1,4 Mio. 16- und 17-jährige EU-Bürger an den nächsten Europawahlen im Frühjahr 2024 teilnehmen. Deutschland ist das mittlerweile vierte Land der EU, in dem bereits 16- bzw. 17-Jährige wahlberechtigt sind, neben Österreich (seit 2007), Griechenland (17, seit 2016) und Malta (seit 2018). Damit sind schon ca. 23 Prozent der 16- bzw. 17-jährigen EU-Bürger wahlberechtigt zum Europäischen Parlament und entsprechen immerhin schon vier Länder der Empfehlung des Europaparlaments, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Auch die Europa-Union und die JEF Deutschland fordern dies.

Absenkung sachgerecht

Die Absenkung des Wahlalters ist auch sachgerecht. Denn „(d)ie kognitive Entwicklungsforschung zeigt, dass in der Altersspanne zwischen 12 und 14 Jahren bei fast allen Jugendlichen ein intellektueller Entwicklungsschub stattfindet, der sie dazu befähigt, abstrakt, hypothetisch und logisch zu denken. Parallel hierzu steigt in dieser Altersspanne auch die Fähigkeit an, sozial, ethisch und politisch zu denken und entsprechende Urteile abzugeben. (...) Regeln

und Werte können nach dem 14. Lebensjahr unabhängig von eigenen Interessen wahrgenommen und umgesetzt, die Intentionen der Handlungen anderer können erkannt und berücksichtigt, komplexe Zusammenhänge intellektuell verstanden werden.“ (Hurrelmann, Für eine Herabsetzung des Wahlalters, in: Gürlevik/Hurrelmann/Palenti (Hrsg.): Jugend und Politik, 2016, S. 317 f.)

Wahlalter für Bundestagswahlen senken

Neben den Wahlen zum Europaparlament sind die Wahlen zum Bundestag die zweite demokratische Legitimationsquelle für die öffentliche Gewalt der Europäischen Union. Deshalb ist es (nicht nur) unter europapolitischen Gesichtspunkten notwendig, dass auch das Mindestwahlalter für die Bundestagswahlen gesenkt wird. Erst dann werden die 16- und 17-Jährigen „vollständige“ europäische Aktivbürger. Ohne das Wahlrecht zum Bundestag haben sie gewissermaßen nur eine „halbe“ Stimme. Denn zur Verabschiedung europäischer Gesetze ist nicht nur die Zustimmung des Europaparlaments, sondern auch die Zustimmung des Ministerrats notwendig. Und die Regierung wird in Deutschland durch die Wahl des Bundeskanzlers durch den Bundestag, also indirekt durch die Bundestagswahlen bestimmt.

Im Unterschied zur Europawahl, für welche das Wahlalter nur einfachgesetzlich im Europawahlgesetz festgelegt ist und die Absenkung auf 16 Jahre deshalb nur eine einfache Mehrheit benötigt, ist für die Absenkung des Wahlalters auf 16 bei den Bundestagswahlen jedoch eine Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig. Denn das bisherige Wahlalter von 18 Jahren ist für die Bundestagswahlen verfassungskräftig in Art. 38 Absatz 2 Grundgesetz festgeschrieben. Es ist deshalb erforderlich, auch die Unionsparteien für die Absenkung zu gewinnen. Denn CDU und CSU sind mittlerweile die einzigen demokratischen Parteien, die eine Absenkung ablehnen.



Foto: privat

Bildungskampagne jetzt starten

2024 werden ca. knapp 5 Mio. Deutsche bzw. EU-Bürger in Deutschland erstmalig europawahlberechtigt sein, immerhin ca. 7 bis 8 Prozent der Wahlberechtigten. Dies sind neben den 16- und 17-Jährigen auch die 18- bis 22-Jährigen, die bei den Wahlen 2019 noch nicht wahlberechtigt waren. Einerseits dürfte das unabdingbare Mindestmaß an Kommunikationsfähigkeit zu Fragen der Europawahl bei den meisten Wahlberechtigten vorhanden sein. Diese Mindestfähigkeiten gilt es jedoch auszubauen, um die Wahlbeteiligung und die Qualität der Wahlentscheidungen und die zugrundeliegende europapolitische Bildung substanziell zu heben.

Hier bietet die Tatsache, dass nunmehr ein großer Teil der Erstwähler noch die allgemeinbildenden Schulen besuchen, eine bisher nie dagewesene Chance. Es kommt darauf an, jetzt eine breite Bildungskampagne dort und darüber hinaus in der Erwachsenenbildung und der breiten Öffentlichkeit zu starten. Dafür muss sich ein großes, dichtgeknüpftes Netzwerk finden, in das sich die Europa-Union Deutschland gemeinsam mit der JEF in allen Ländern und auf Kreisebene intensiv einbringt. Dies bietet eine großartige Chance, breite Bevölkerungskreise von der Notwendigkeit der weiteren europäischen Vereinigung zu einem Bundesstaat zu überzeugen.

Der Autor ist Professor für Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück und Ko-Vorsitzender des Kreisverbandes Kassel der Europa-Union. Er war juristischer Sachverständiger im Innenausschuss des Bundestages im Gesetzgebungsverfahren zur Absenkung des Wahlalters bei Europawahlen.

Rückblick auf den JEF-Bundeskongress 2022

Mitte Oktober tagte der 69. Bundeskongress der JEF Deutschland in Würzburg. 120 Delegierte haben zwei Tage lang debattiert, politische Anträge diskutiert, sich vernetzt und den neuen Bundesvorstand der JEF Deutschland gewählt.

Das neue Team des Bundesvorstandes besteht aus: Clara Föller als Bundesvorsitzender und Emmeline Charenton als Bundessekretärin, die ebenso wie Mathias Staudenmaier als Schatzmeister und Friedel Pape als stellv. Vorsitzender noch einmal in ihren Ämtern bestätigt wurden. Neu hinzugekommen sind Janis Fifka, Paula Gehrs und Tobias von Gostomski als stellv. Vorsitzende ebenso wie Tim Alexander, Julia Hegyesi, Alexander Mellin, Konstantin Petry und Helene Salzburger als Beisitzende im Bundesvorstand.



Das Team des JEF-Bundesvorstands sieht motiviert den Aufgaben und Projekten im neuen Jahr entgegen.
Foto: JEF Deutschland

Neu gewählt wurde außerdem ein Awareness-Team, das über das kommende Jahr hinweg bei Bedarf zu Rate gezogen werden

kann. Damit setzt die JEF eine Forderung des im letzten Jahr verabschiedeten Code of Conduct um, mit dem Verbandsstrukturen verstetigt werden sollen, die einen respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander gewährleisten.

Neben den Wahlen wurden politische Anträge u. a. zu den Protesten in Iran und zur Stärkung des ländlichen Raums beschlossen. Diese sind im Wortlaut auf der Homepage der JEF unter www.jef.de/beschluesse einsehbar.

Der Bundeskongress hat außerdem einer stufenweise erfolgenden Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bis 2025 zugestimmt. In diesem Zuge wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft Finanzen neu gegründet, um den Prozess der Erhöhung mit den Landes- und Kreisverbänden zu koordinieren und auf die Bedarfe zu reagieren.

Politisch stand der Kongress im Zeichen des brutalen Angriffskrieges Russlands in der Ukraine. Die JEF hat in ihrem Beschluss „Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa“ erneut klar Stellung bezogen: „Wir stehen entschieden an der Seite der Ukraine sowie ihrer Bewohner*innen und bekräftigen unsere Solidarität. [...] Der Angriffskrieg der russischen Föderation gegen die Ukraine ist und bleibt ein nicht hinnehmbarer Völkerrechtsbruch. Die außerterritorialen Gebietsansprüche Russlands sind illegitim und das daraus folgende Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung ist untragbar.“

Der Krieg stellt für viele junge Menschen eine neue Form der Unsicherheit dar, die gemeinsam mit der aktuellen Inflation, den Folgen der Klimakrise und der Pandemie zu einer sehr belastenden Krisensituation führen. Die Folgen dieser Krisen sind nicht nur in der JEF, sondern in allen Jugendverbänden Deutschlands zu spüren. Das zeigt sich bspw. in den aktuellen Mitgliederzahlen, die im Vergleich zu den Vorjahren leicht abgesunken sind.

Ziel der nächsten beiden Jahre ist daher – neben der Vorbereitung auf die Europawahl 2024 – die Mitgliedergewinnung und die Verbandsentwicklung. Die Europawahl ist ein guter Anlass, Menschen für Europa zu mobilisieren und sie auf die Notwendigkeit einer starken und solidarischen EU hinzuweisen. Der Bundesvorstand steht hier im engen Austausch mit den Landes- und Kreisverbänden und den Partnerorganisationen, um Synergien zwischen den einzelnen Themenschwerpunkten effektiv zu nutzen.

Der 69. Bundeskongress der JEF Deutschland war ein schöner Moment, um die eigene Arbeit zu reflektieren, neue Kontakte zu knüpfen, sich zu vernetzen und gemeinsam die politische Ausrichtung des Verbandes zu gestalten. Es war eine besondere Ehre, den EUD-Präsidenten Rainer Wieland beim Bundeskongress begrüßen zu dürfen und mit ihm ins Gespräch zu kommen. Der Bundesvorstand freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit und neue gemeinsame Projekte.

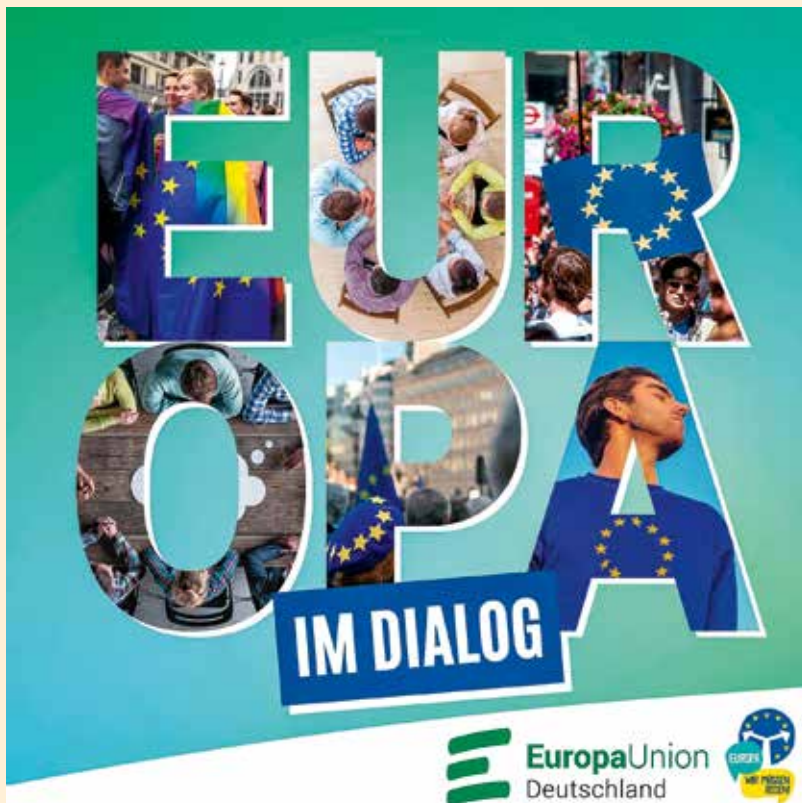
Verantwortlich: Emmeline Charenton

Endlich Jugendpartizipation in der EU?

Junge Menschen auf Augenhöhe in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und zu beteiligen, ist eine zentrale Forderung von JEF und EUD. Wie die Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhöht werden kann, war Gegenstand des Jugenddialogs, den Europa-Union und JEF im November veranstalteten. Ein Stimmungsbild unter den Teilnehmenden ergab, dass das Europäische Jahr der Jugend 2022 im öffentlichen und politischen Diskurs nicht präsent genug gewesen sei. Der Vertreter der EU-Kommission

in Deutschland, Jörg Wojahn, berichtete, die Kommission habe junge Menschen und die sie vertretenden Organisationen bereits stärker in Konsultationen eingebunden und Jugendprioritäten gefördert. Dies sei auch in Zukunft geplant. Sakiye Boukari, Jugendvertreterin im EU-Jugenddialog des DBJR, sah durchaus ein gestiegenes Bewusstsein bei Verantwortlichen auf EU-Ebene, jedoch seien die Themen der Jugend noch nicht im „Mainstream“ angekommen. Nach Ansicht des jüngsten Abgeordneten im Europaparlament,

Malte Gallée, müssten sich junge Menschen mit lauter Stimme für ihre eigenen Interessen und Forderungen stark machen, um politische Entscheiderinnen und Entscheider zu erreichen. Um der Jugend mehr Gehör in der EU zu verschaffen, so das Fazit der Diskussion, brauche es neben der Absenkung des Wahlalters und besserer struktureller Rahmenbedingungen zur Förderung der Jugendpartizipation auch eines noch stärkeren Engagements junger Leute in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Parteien und Parlamenten. ■



Information und Berichterstattung im neuen Format: Mit unserem Podcast „Europa im Dialog“ erhalten Sie ab sofort vielfältige Einblicke in ausgewählte Dialogveranstaltungen der Europa-Union Deutschland. Unsere erste Podcast-Folge „German-Polish Relationship: It's complicated“ basiert auf dem Eröffnungspanel des Deutsch-Polnischen Zukunftsdialogs vom 29. November 2022. Über den aktuellen Stand der vielschichtigen deutsch-polnischen Beziehungen diskutieren in dieser Episode Jan Philipp Albrecht, Ko-Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung, Karolina Dreszer-Smalec, Präsidentin der National Federation of Polish NGOs, Jobst-Hinrich Uebelohde, Europa-Staatssekretär in Brandenburg, Dr. Krzysztof Wojciechowski, Direktor des Collegium Polonicum, sowie Paul Ziemiak MdB, Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe.

Hören Sie rein und abonnieren Sie jetzt unseren neuen Podcast! Nähere Informationen auf unserer Homepage www.europa-union.de

Hamburg

10 Jahre Friedensnobelpreis für die EU

In der Begründung hieß es 2012: „Die [Europäische] Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen.“ Ein Preis für den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung, für Demokratie sowie für Menschenrechte und die stabilisierende Rolle bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens. Eigentlich ein Grund zu feiern, oder? Aber das Grundgerüst der Versöhnung und des Friedens in Europa scheint zutiefst erschüttert, und das nicht erst seitdem im Februar 2022 Russland die Ukraine angegriffen hat. Unweigerlich stellte sich die Frage: Kann Europa noch friedensstiftend wirken?

Die EU als Friedensmacht

Schülerinnen und Schüler diskutieren mit Abgeordneten der Hamburgi-

schen Bürgerschaft. Viele bewegte die Angst vor Krieg sowie den Folgen der Klimakrise und der Umgang mit den Flüchtlingen in Deutschland und Europa. Wie passt das ins Bild einer Friedensmacht? Almut Möller, Staatsrätin und Bevollmächtigte für Europa, sah den Friedenspreis als eine Ermahnung in einer innenpolitischen Krisenzeit der Union. Heute muss wieder für eine aktive Friedenspolitik eingetreten werden: „Die Frage von Krieg und Frieden ist eine, die uns vor Ort betrifft. Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir uns diese gesellschaftliche Debatte nicht leicht machen und unterschiedliche Perspektiven auf das Friedensprojekt Europa richten. [...] Wir haben das Gefühl dafür verloren, dass wir täglich etwas für die Sicherheit in Europa und in Deutschland tun müssen.“

Von einer Soft Power zu einer Hard Power?

Dr. Nele-Marianne Ewers-Peters, Politikwissenschaftlerin an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg, und Dr. Jochen Bittner, Leiter des Ressorts

„Streit“ bei der „Zeit“, ehemaliger Korrespondent für die EU und die NATO, diskutierten die Chancen und die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Friedensmacht EU. Bittner sprach von einer „erlernten Hilflosigkeit“; die EU sei daran gewöhnt, dass Verteidigung von außen sichergestellt werde. „Diplomatie ist schön und gut. Aber sie muss mit militärischer und wirtschaftlicher Stärke einhergehen. Die EU braucht Drohpotenzial.“ Ewers-Peters sieht im Ukrainekrieg einen Weckruf. Europa müsse sich jetzt die Frage stellen, was für die Sicherheit getan werden muss. Beide sehen Chancen für verstärkte Kooperation, auch einzelner, williger Staaten. Einig waren sie sich, dass die EU aus verschiedenen Gründen, unter denen die Einstimmigkeitserfordernisse zentral wären, als außen- und sicherheitspolitischer Akteur nur eine geringe Wirksamkeit besitzt und europäische Sicherheit im Wesentlichen durch die NATO gesichert würde. Bittner fragte überspitzt, ob nicht eigentlich die NATO den Friedensnobelpreis verdient hätte.

Verantwortlich: Verena Reihls

Schleswig-Holstein

„Radio Nacht“: Lesung im Landtag

„Wenn Gott unser Vater ist, dann ist der Teufel unser Busenfreund.“ So beginnt der Roman „Radio Nacht“ des ukrainischen Schriftstellers Juri Andruchowytsch – und so begann der 62-Jährige am 2. November auch seine Lesung im Schleswig-Holsteinischen Landtag, die von der Europa-Union Kiel initiiert und in Kooperation mit der Europa-Union Schleswig-Holstein vom Landtag durchgeführt wurde.

Mit Juri Andruchowytsch konnte einer der bekanntesten europäischen Schriftsteller der Gegenwart gewonnen werden, der aufgrund seiner Herkunft und Lebensgeschichte gerade in dieser Zeit eine besondere Aufmerksamkeit erfährt. Für sein Werk, das inzwischen in rund 20 Sprachen erscheint, wurde er mit zahlreichen Preisen geehrt, etwa 2006 mit dem „Leipziger Buchpreis für europäische Verständigung“ und aktuell mit dem „Heine-Preis der Stadt Düsseldorf“.

In dem 2022 auf Deutsch erschienenen Buch „Radio Nacht“ (im Original erstmals 2020 erschienen) geht es um Josip Rotzky, einen Pianisten unklarer Identität, der in einem Schweizer Hotel für den „vorletzten Diktator Europas“ spielen muss, dabei zum Attentäter wird und schließlich flüchtet. Das Land, in dem die Geschichte größtenteils spielt, bleibt ungenannt. Beschrieben wird ein postsowjetischer Staat, der in gespenstischer Aktualität an die Ukraine erinnert, bei dem es sich aber z. B. auch um Belarus handeln könnte. Am Ende seiner Flucht landet Rotzky auf einer Insel am Null-Meridian, von wo aus er übers Radio Musik, Poesie und Geschichten in die Welt sendet. Gerade die Musik spielt eine ganz besondere Rolle in dem Roman, der dank eines QR-Codes im Einband mit einem eigenen Soundtrack („empfohlen für nächtliches Hören“) aufwartet.

„Radio Nacht“ ist die Geschichte einer Identitätssuche zwischen einem autokratischen Osten und einem liberalen Westen Europas. Ein Thema, das seit dem russischen

Überfall auf die Ukraine wieder überdeutlich ins Bewusstsein gerückt ist. Wie sehr, zeigt die Beteiligung an der Lesung.



(v. l. n. r.) Juri Andruchowytsch (Autor), Ralf Rose (Moderator) Foto: Schleswig-Holsteinischer Landtag

Fast 200 Menschen kamen in den Landtag, um zu hören, wie Juri Andruchowytsch auf Deutsch aus seinem Buch vorträgt, aber auch, um den Autor einmal hautnah zu erleben. Nach der Begrüßung durch Landtagspräsidentin Kristina Herbst und den Vorsitzenden der Europa-Union Kiel, Wilfried Saust, war es dann auch soweit. Im Anschluss an die Lesung folgte eine Gesprächs- und Fragerunde. Schlusspunkt war eine Signierstunde mit Juri Andruchowytsch – eine Gelegenheit, die sich die allermeisten nicht entgehen ließen.

Abschluss der Reihe „Preis der Freiheit“

Welche Folgen hat der russische Angriff auf die Ukraine für die europäische Verteidigungsfähigkeit? Wie können die Mitgliedsländer ihre sicherheitspolitischen Aufgaben

besser untereinander aufteilen und wie soll das militärische Beschaffungswesen in Zukunft aussehen? Um diese und weitere Fragen

ging es bei der letzten Veranstaltung der Reihe „Der Preis der Freiheit“, innerhalb derer sich die Europa-Union Schleswig-Holstein mit den Folgen des Ukraine-Krieges für Deutschland und Europa auseinandergesetzt hat. Nach Wirtschaft und Energie stand zum Abschluss die Sicherheitspolitik im Mittelpunkt. Dazu diskutierten im Kieler Maschinenmuseum (Bild unten v. l. n. r.) Dr. Kristian Klinck MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Freigattenskapitän Frank Martin, der Europaabgeordnete Niklas Herbst sowie Prof. Dr. Joachim Krause, Leiter des Instituts für Sicherheitspolitik an der CAU. Die Moderation übernahm die sicherheitspolitische Fachjournalistin Julia Weigelt (Bildmitte).

Das Interesse an dem Event, das gemeinsam mit dem Reservistenverband durchgeführt wurde, ist so groß gewesen, dass bereits Tage vorher keine weiteren Anmeldungen angenommen werden konnten. Unter den gut 60 Gästen war auch eine 11. Klasse der Hebbelschule Kiel, die sich rege an der Diskussion beteiligt hat. Dabei bildeten die Handlungsfähigkeit der EU, der Strategischen Kompass, die Europäische Friedensfazilität sowie die europäische Rüstungsindustrie die thematischen Schwerpunkte.

Verantwortlich: Ralf Rose



Foto: EUD Schleswig-Holstein

Niedersachsen

Landesversammlung in Celle

„Die Welt im Kriegs- und Krisenmodus – kein Stillstand in der Europapolitik!“ war das aufwühlende Zeiten widerspiegelnde Motto der niedersächsischen Landesversammlung 2022 in Celle, nachdem im Vorjahr mit Blick auf die Zukunftskonferenz und die anstehende Bundestagswahl noch vorsichtiger ein „handlungsfähiges Europa im Dienst der Bürgerinnen und Bürger“ gefordert worden war. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Harm Adam begrüßte die Vorsitzende des „wiederbelebten“ Kreisverbands Celle, Kirsten Lühmann, die Delegierten aus ganz Niedersachsen. Der stellv. Landrat Charles Sievers ging in seinem Grußwort auf die Bedeutung einer diversen Gesellschaft und eines Europas der Regionen ein.

Da die bisherige Europaministerin Birgit Honé zeitgleich auf dem SPD-Sonderparteitag verabschiedet wurde und die neue Ministerin Wiebke Osigus noch nicht ins Amt gewählt worden war, konnten beide nicht anwesend sein. Christoph Pohlmann, Abteilungsleiter im Europaministerium Niedersachsen, kam stellvertretend die Rolle des Festredners zu, die er, trotz starker Erkältung, sehr kompetent auszufüllen vermochte. Pohlmann unterstrich, wie gut die Zusammenarbeit zwischen Ministerin und Europa-Union gewesen sei. In seiner Ansprache betonte er, dass es große Herausforderungen in Europa durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Bekämpfung des Klimawandels und durch die Strukturdiskussion nach Bürgerdialogen gebe, in denen die Landesregierung aber auch Chancen sehe. Im Koalitionsvertrag sei festgehalten, dass bei einem jährlichen Europafest ein Bewusstsein für die EU geschärft, die europäischen Informationszentren (EIZ) gestärkt und der Europabezug in die Landesverfassung aufgenommen werden soll. Alle Umfragen würden zeigen, dass der europäische Gedanke nach wie vor großen Rückhalt in der Zivilgesellschaft habe. Die Menschen weiterhin für Europa zu begeistern sei gerade im Hinblick auf die nächste Europawahl wichtig. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine sei



Landesvorstand und Gäste der Landesversammlung 2022

Foto: Kiel

Zusammenhalt innerhalb der EU mehr denn je gefordert.

Da es diesmal keine Wahlen gab, fiel der interne Teil der Landesversammlung kurz aus. Organisatorisch steht der Landesverband gut da, finanziell auch. Die Coronapandemie hat dafür gesorgt, dass einige Kreisvorstände keine Motivation mehr sehen weiterzumachen. Auf der anderen Seite sind Videokonferenzen eine Alternative geworden und zudem günstiger als Präsenzveranstaltungen, was zu einer guten Kassenlage geführt hat. Die Europäische Bewegung konnte neu gegründet, im wahrsten Sinne des Wortes „wiederbelebt“ werden. Durch die eigene Publikation „Europa in Niedersachsen“ und die Beiträge in „Europa aktiv“ wurde die Arbeit auch stets dokumentiert und nach außen kommuniziert.

Der Vorstand wurde auf Antrag der Kassensprüfer einstimmig entlastet. Auf das Seminar des Landesverbands im November in Oldenburg wurde ebenso hingewiesen wie auf die aktuelle Ausgabe des Europäischen Wettbewerbs, der an allen Schulen durchgeführt werden kann.

Göttingen

Bulgarischer Europaabgeordneter Radan Kanev zu Gast: Gut 40 Interessierte hatten sich auf Einladung der Göttinger Europa-Union Mitte November in der Galerie Alte Feuerwache eingefunden, um sich bei einem Europagespräch mit dem bulgarischen Europaabgeordneten Radan Kanev über die

politische Lage in dessen Heimat und zur Positionierung Bulgariens im europäischen Kontext zu informieren. Kanev hat sich in der nationalen Politik einen Ruf als vehementer Kritiker des ehemaligen bulgarischen Premierministers Bojko Borissow erworben. Er bedauerte, dass es bei den Parlamentswahlen im Oktober 2022 zwar eine Mehrheit für die proeuropäischen Parteien gegeben habe, allerdings sich keine der betroffenen Fraktionen traue, sich über eine gemeinsame Regierungsbildung, sei es auch nur ein Kabinett von Technokraten, zu verständigen. Dabei sei das auch deshalb dringend nötig, weil der als prorussisch geltende Staatspräsident und die von diesem abhängige Übergangsregierung erwartungsgemäß verhinderten, dass die im Parlament von der proeuropäischen Mehrheit jüngst beschlossenen Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine – einschließlich der Lieferung militärischer Güter – umgesetzt werden.

In der sich anschließenden Diskussion verglich Kanev die Stellung des bei den Parlamentswahlen im Oktober wieder erstarkten ehemaligen Ministerpräsidenten Borisow mit derjenigen von Benjamin Netanjahu in Israel, der genauso polarisiere und das politische Klima in seiner Heimat vergifte. Erfreut waren die Zuhörerinnen und Zuhörer, als der Referent erklärte, zwar kurzfristig keine Umsetzung der wesentlichen Arbeitsergebnisse der Zukunftskonferenz zu erwarten, persönlich sich aber mit diesen Zielen in erheblichem Umfang zu identifizieren.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Berlin

Herbstliche Europawochen

Frühling im Herbst? Die Europa Union Berlin (EUB) erlebte ihre „Europa-Wochen“ nach der Sommerpause mit einem dicht gedrängten, hochkarätigen Veranstaltungsprogramm. Den Auftakt bildete die Jahresmitgliederversammlung am 24.09. – mit neuem Konzept. Am Vormittag kamen Mitglieder und Gäste zusammen und beugten sich in drei Gruppen über die Fragen: Warum brenne ich für Europa? Was muss in Europa unbedingt besser werden? Wie möchte ich mich bei der EUB einbringen? Anschließend präsentierten sich im Messe-Format unsere Arbeitsgemeinschaften; Interessierte waren zu Gesprächen und zum Mitgestalten eingeladen.

Eröffnet wurde die offizielle Mitgliederversammlung von der Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Engagement-, Demokratieförderung und Internationales, Ana-Maria Trasnea. Sie warb für eine Politik in den Kiezen, für die Menschen, und würdigte damit zugleich die bürgernahe Arbeit der EUB.

Unsere Kiezspaziergänge erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Am 16.09. zog es eine gesellige Runde in den Norden Berlins, nach Tegel, um die Spuren Europas im Kiez zu entdecken. Während der nächsten europäischen Spurensuche durch Hellersdorf am 25.09. entdeckten die Gäste, dass Europa auch in weniger „populären“ Bezirken erstaunlich präsent ist. Den Saisonabschluss bildete am 18.11. ein Kiezspaziergang durch Schöneberg – hier bei schon winterlichen Temperaturen, aber strahlendem Sonnenschein mit über 30 Teilnehmenden.

Die Idee zwanglosen Zusammenseins ohne konkrete Themenvorgaben praktiziert die EUB seit vielen Jahren in ihrem Format „Café Europa“. Hierfür konnten wir im „Europa-Herbst“ gleich zweimal Mitglieder unserer Parlamentariergruppe im Abgeordnetenhaus für einen Austausch gewinnen: am 13.10. Laura Neugebauer MdA und am 10.11. Tobias Bauschke MdA.

Natürlich beschäftigte uns der russische Angriffskrieg und seine Konsequenzen für die Ukraine, die EU, Deutschland und Berlin. Mit dieser Thematik befasste sich ein Diskussionsabend in der Reihe „Europa ist hier“ am 11.11. Als Gast war u. a. der Staatssekre-



Auf europäischer Spurensuche beim Kiezspaziergang in Berlin-Tegel Foto: Gerolf Mosemann

tär für Europa, Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Gerry Woop, dabei. Nach mehr als acht Monaten des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges wollten wir Bilanz ziehen und auf die Auswirkungen auf die Berliner Stadtpolitik ebenso schauen wie auf die gesellschaftspolitischen Veränderungen, die wir vor Ort, aber auch im europäischen Kontext erleben.

Den krönenden Abschluss unserer „Europa-Wochen“ bildete das traditionelle „Botschaftergespräch“ am 15.11., diesmal mit dem Botschafter der Tschechischen Republik, Tomáš Kafka.

Verantwortlich:
Hans Jörg Schrötter & Lisa Kühn

Brandenburg

Energiepolitik im Fokus

Fast 50 Bürgerinnen und Bürger aus Oberhavel diskutierten am 20. Oktober über die Energiepolitik der EU und den Green Deal. Passenderweise fand die Diskussion im Ofen- und Keramikmuseum Velten statt.

Unter der Schirmherrschaft von Veltens Bürgermeisterin Ines Hübner diskutierte die Europa-Union Brandenburg diese brennenden Fragen mit dem Sprecher für Wirtschaft und Europa der Grünen im Landtag Brandenburg Heiner Klemp, dem direkt gewählten Landtagsabgeordneten der SPD für den Wahlkreis 7 Andreas Noack, dem Unternehmer und Bäckermeister Karl-Dietmar Plentz sowie dem Geschäftsführer der Stadtwerke Velten GmbH Michael Kühne.

Die von der Landesvorsitzenden Dr. Mechthild Baumann moderierte Diskussion machte deutlich, dass kurzfristige Maßnahmen eine Lösung der Energiekrise nicht herbeiführen. „Wir brauchen einen Strukturwandel“, betonte Andreas Noack. Dem stimmte Heiner Klemp zu und ergänzte: „Der Green Deal setzt die notwendigen Rahmenbedingungen, damit wir unsere Klimaziele erreichen und als EU weiterhin wettbewerbsfähig bleiben.“ Michael Kühne erläuterte geduldig und nachvollziehbar die vielen Abhängigkeiten und Herausforderungen in der Energieversorgung. „Brandenburg erwirtschaftet weit mehr Energie, als es selbst braucht. Ein Großteil wird nach Bayern und Baden-Württemberg exportiert“, so Kühne. Dies sorgte für Erstaunen im Publikum und warf Fragen nach Solidarität und Ausgleichen auf. In diesem Zusammenhang wies Bäckermeister Plentz eindringlich auf die schwierige Lage der energieintensiven Bäckerunternehmen hin. Ein Betrieb nach dem anderen würde



„Zwischen Green Deal und Putins Gaslieferstopp“ – Das Thema lockte viele Interessierte ins Ofen- und Keramikmuseum Velten. Foto: EUD Brandenburg

aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben. „Die Brotbackkunst ist eine deutsche Tradition – die dürfen wir nicht aufs Spiel setzen!“ Mit einem Appell, sich für Frieden und Zusammenarbeit in Europa einzusetzen, endete die Diskussion.

Verantwortlich: Dr. Mechthild Baumann



Sachsen-Anhalt

Halle-Saalekreis

Europa-Union auf dem Weihnachtsmarkt: Am 30. November präsentierte sich die Europa-Union Halle-Saalekreis auf dem Halleschen Weihnachtsmarkt. Mit dabei



Foto: EUD Halle-Saalekreis

war auch das EUD-Europa-Glücksrad, was besonders gut bei den Besucherinnen und Besuchern des Standes ankam. Es zeigt sich, dass der neu gegründete Kreisverband in der Saalestadt etabliert ist.

Die Zukunft der EU und der Europäische Transformationsprozess: Im Rahmen der Bewerbung der Stadt Halle (Saale) als Standort für das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ hatte die Europa-Union Halle-Saalekreis gemeinsam mit der Stadt am 09.11. zu einer Diskussion in das Stadtmuseum eingeladen. Hauptgast Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Berlin, sprach zum Thema „Die Zukunft der EU und der Europäische Transformationsprozess“. Dr. Sabine Odparlik, zuständige Fachbereichsleiterin der Stadt Halle (Saale), überbrachte ein Grußwort. Unter der Moderation des KV-Vorsitzenden Dr. Alexander Vogt wurde in der Diskussion mit dem Publikum u. a. der Frage nachgegangen, was ein Zukunftszentrum leisten kann. Dazu zählen Zukunftsthemen wie Digitalisierung, De-

karbonisierung, Klimaschutz, demografischer Wandel sowie die Energiewende. Die Entscheidung über den Zuschlag für das Zukunftszentrum wird Anfang 2023 fallen.

Magdeburg

Europadialog: Zu einem Europadialog hatte die Europa-Union Magdeburg am 25. November eingeladen. In gemütlicher Runde hatten die EUD- und JEF-Mitglieder die Möglichkeit, mit der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, Karolin Braunsberger-Reinhold, dem Landesvorsitzenden der Europa Union Sachsen-Anhalt, Thomas Rieke, und dem Kreisvorsitzenden Jan Braunsberger ins Gespräch kommen. Es wurden die aktuellen politischen Themen und die daraus resultierenden Herausforderungen diskutiert. Einen breiten Raum nahmen der russische Krieg in der Ukraine, die Energie- und Rohstoffversorgung und wichtige europäische Projekte wie Energiepreisdeckelung, Übergewinnsteuer und Lieferkettengesetz ein.

Verantwortlich: Thomas Rieke

Mecklenburg-Vorpommern

Zeitenwende in Europa

Unter diesem Motto stand das Landesseminar am 24. und 25. September in der Europäischen Akademie in Waren (Müritz). Zwei Tage bestand Gelegenheit, aus erster Hand von Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft Hintergrundinformationen zu den aktuellen europapolitischen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen zu erhalten und mit ihnen über die brennenden Fragen unserer Zeit zu diskutieren.

Eröffnet wurde die Tagung durch den Landesvorsitzenden Prof. Dr. Robert Northhoff MdL. Die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Bettina Martin MdL, hob in ihrem digitalen Grußwort die Arbeit der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern als europapolitischer Kommunikator für das Bundesland hervor.

Ebenfalls per Videoschaltung erörterte Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung der Euro-

päischen Kommission in Deutschland, die anstehenden Aufgaben der EU-Kommission und ging dabei insbesondere auf die Rohstoffproblematik infolge des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine ein sowie auf



Blick auf das Podium mit den europapolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen

Foto: EUD Mecklenburg-Vorpommern

die wenige Tage zuvor gehaltene Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der EU. Um die besondere Bedeutung von Social Media in der modernen Informationswelt ging es im Vortrag des Kommunikationswissenschaftlers Prof. Dr. Gernot Wolfram von der Hochschule Macromedia. Prof. Dr. Eckart Stratenschulte, ehemaliger Direktor der Europäischen Akademie Berlin, verwies auf die gegenwärtigen Polykrisen in der EU und arbeitete Lösungsansätze heraus. Der Kulturwissenschaftler JProf. Dr. Roman Dubasevych von der Universität Greifswald referierte über die kulturgeschichtlichen Hintergründe des ukrainischen Befreiungskrieges gegen den Angriffskrieg Russlands. Diesem hochinteressanten Vortrag vorangegangen war ein Statement von Dr. Hans-Jürgen Stöhr, Philosophische Praxis Rostock, über seine philosophische Sicht auf die Entwicklungen im Ukraine-Krieg und mögliche Lösungsansätze. Die Friedensforscherin Dr. Martina Fischer von Brot für die Welt nahm ihrerseits noch einmal eine gründliche Analyse der Situation vor und stellte dabei die Lage der vom Krieg betroffenen Menschen in den Mittelpunkt.

Niklas Nienab MdEP berichtete per Videozuschaltung über die Aktivitäten im Europäischen Parlament zur Krisenbewältigung. Beim Bürgerdialog mit den europapolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, FDP und Linken, Nadine Julitz MdL, Katy Hoffmeister MdL, Sabine Enseleit MdL und Christian Albrecht MdL, wurde festgestellt, dass das Thema Europa/Europäische Union noch viel zu wenig im Landtag vorkommt, obwohl es viele Mitentscheidungsmöglichkeiten bei den EU-Gesetzesvorhaben gibt.

Im Anschluss an die Vorträge und Impulsbeiträge der Gastrednerinnen und -redner ergaben sich jeweils angeregte, zum Teil kontroverse Debatten mit und unter den Teilnehmenden. Zentrale Themen waren u. a. die Frage der Weiterführung der Zukunftskonferenz der EU und mögliche Wege zu einem Frieden in der Ukraine.

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth

Sachsen

„Ventotene Forum“ in Dresden

Das Land Sachsen pflegt seit einigen Jahren eine Regionalpartnerschaft mit der italienischen Region Latium. Im Herbst 2021 wurde diese Partnerschaft durch ein Memorandum of Understanding wieder aufgegriffen. Anschließend trat das sächsische Europaministerium auf die Europa-Union Sachsen zu mit dem Auftrag, im Rahmen dieser Regionalpartnerschaft einen Austausch der Zivilbevölkerung zu organisieren. So entstand die Idee des Ventotene Forums.

Namensgebend ist die ehemalige Gefängnisinsel Ventotene vor der Küste des Latiums. Dort war Altiero Spinelli als politischer Gefangener inhaftiert und verfasste sein Manifest für ein föderales Europa.

Vom 20. bis 23.10. trafen sich also Europäerinnen und Europäer aus Sachsen und dem Latium zum „Ventotene Forum 2022 – Rethinking the Future of the EU“. Eingeladen von der EUD und JEF Sachsen sowie dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung und unterstützt durch die JEF Lazio diskutierten die Teilnehmer*innen zukunftsrelevante Themen Europas: europäische Migrationspolitik, europäische Außenpolitik, globale Krisen und die Krisengeneration sowie die Reform der EU.

Zu jedem Thema gab es zunächst ein Panel, bei dem Fachleute Input in Form von Kurzreferaten gaben, um den Teilnehmer*innen Wis-

senshintergründe zu liefern. Die Panels waren besetzt von insgesamt 16 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Anschließend wurden die Inhalte in drei Workshops diskutiert, moderiert durch Mitglieder der JEF Sachsen und GFE Lazio. Auch die Expert*innen unterstützten die Diskussionsrunden inhaltlich. Die Teilnehmenden arbeiteten eigene Standpunkte und Forderungen aus. Diese wurden in der dritten Phase der großen Runde vorgestellt und erneut im Panel diskutiert. Am letzten Tag des viertägigen Diskussionsforums wurden die Forderungen zu den einzelnen Themenblöcken final erörtert.

Diese sind in einem Positionspapier festgehalten, das den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Sachsen und dem Latium vorgelegt wurde. Trotz der vielseitigen Meinungen unter den Teilnehmer*innen wurde besonders ein Wunsch deutlich: Die EU muss sich im internationalen multilateralen Kontext einbringen und ihre Außenwirkung stärken. Klare Haltung in außenpolitischen Fragen, eine Vorbildfunktion in der Bewältigung der Klimakrise und die Unabhängigkeit von autoritären Regimen gingen als grundlegende Forderungen aus den Diskussionen hervor.

Der Staatssekretär für Europa Mathias Weilandt betonte in seinem Grußwort die Wichtigkeit solcher Formate. Die Europäische Union sei eine Union ihrer Bürgerinnen und Bürger, die durch ihren Input das Projekt Europa erst erfolgreich machten. Daher sei die Partizipation durch politischen Diskurs besonders wichtig, gerade in Krisenzeiten. Die Unterstützung des Forums durch das sächsische Europaministerium sowie MdEPs aus Sachsen zeigte, für wie wichtig politische Akteure den Input der Zivilgesellschaft halten, was uns in unserer Arbeit starken Rückenwind gibt.

Das Format soll zukünftig jährlich stattfinden, immer im Wechsel ausgerichtet im Latium und in Sachsen. Wir freuen uns auf die nächsten Jahre!

Verantwortlich:
Laura Greiff



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ventotene Forums 2022 in Dresden
Foto: EUD Sachsen

Rheinland-Pfalz

Rhein-Lahn

"Bürger in Europa – Europa der Bürger": Unter diesem Motto stand das von der Europa-Union Rhein-Lahn organisierte Quartiergespräch, das am 19. Juli in Nastätten stattfand. Trotz der schwachen Besucherzahl war die Veranstaltung von einer lebhaften Debatte geprägt.

Referent war der SPD-Europaabgeordnete Karsten Lucke. Seine politische Tätigkeit in Brüssel konzentriert sich auf die Arbeit im Entwicklungsausschuss, im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und im Unterausschuss Menschenrechte.

Bürger in Europa zu sein bedeutet vor allem, seit über 70 Jahren in Frieden zu leben. Bis Mitte Februar dachte niemand, dass sich daran etwas ändern könnte. Der von dem russischen Aggressor Putin angezettelte Krieg in der Ukraine zeigt, dass Europa noch mehr als bisher zusammenwachsen muss.

Karsten Lucke zeigte auf, dass unser Alltag positiv von Europa durchtränkt ist. Die vier Grundfreiheiten der EU – Dienstleistungs-, Kapital-, Personen- und Warenverkehrsfreiheit – sind unumstößlich. Die Wahrnehmung der Bürger sei jedoch wegen der vielen Vorschriften eher negativ. Dies liege in einem Kommunikations- und Bildungsdefizit begründet.

Die 2019 gestartete „Konferenz zur Zukunft Europas“, in der alle EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Mitbürger darüber diskutierten, wie die Zukunft der EU aussehen soll, endete in diesem Jahr und ist in der Pandemie weitestgehend untergegangen. Vertragsreformen, die das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, werden kurzfristig nicht umsetzbar sein. Der Kreisvorsitzende Dr. Michael Monet sieht im Verhalten Polens und Ungarns einen eklatanten Verstoß gegen EU-Recht. In der Diskussion wurde auch auf die mangelhafte Berichterstattung in den Medien hingewiesen.

Lobbyismus im Europa-Parlament sieht Karsten Lucke durchaus auch positiv, da

alle Aktivitäten transparent dargestellt werden. Abschließend stellte Lucke fest, dass Begegnungen der Menschen entscheidend zum Europa der Bürger beitragen. Bedauerlicherweise fühlte sich die Jugend beim Thema Europa nicht angesprochen. Hier müsse ein Weg gefunden werden, dass sich mehr junge Menschen für Europa engagieren.

Worms

100 Jahre Nationalhymne und Ehrung von Josef Schork: Am „Tag der Deutschen Einheit“ unternahm im Museum Heylshof Dr. Jörg Koch, Vorsitzender der Europa-Union Worms, einen bebilderten Streifzug durch die abwechslungsreiche Geschichte des „Deutschlandliedes“, das Reichspräsident Friedrich Ebert im August 1922 zur Nationalhymne proklamierte. Der Liedtext, 1841 auf Helgoland entstanden, stammt von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, der mit seinen drei Strophen einen Beitrag zur Überwindung der Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert und damit zur Einigung der deutschen Länder leisten wollte. An-



(v. l. n. r.) Dr. Jörg Koch, Josef Schork, Ingrid Gerster (Förderkreis Museum Heylshof) Foto: EUD Worms

ders als zu vermuten, handelt der Text nicht von Nationalstolz und Überheblichkeit, vielmehr beschwor der Verfasser Werte wie Einigkeit, Recht und Freiheit, die uns zwar eine Selbstverständlichkeit sind, es über viele Jahrzehnte deutscher Geschichte aber nicht waren. In seinem unterhaltsamen Vortrag wies Koch auf den Missbrauch der ersten Strophe unter den Nationalsozialisten hin, bot einen Exkurs zur Hymne der DDR („Auferstanden aus Ruinen“) und zitierte zur Erheiterung der zahlreichen Besucher etliche Anekdoten rund um die Nationalhymne, die seit

1991 offiziell aus der dritten Strophe des „Lieds der Deutschen“ besteht. Passend zum Thema bot Dr. Bernd Braun am historischen Steinway-Flügel Variationen der 1797 von Joseph Haydn komponierten Melodie unserer Nationalhymne.

Vor dem lehrreichen Vortrag ehrte Jörg Koch seinen Vorgänger im Amt Josef Schork, Ehrenringträger der Stadt Worms und jahrzehntelang Mitglied im Landesvorstand, für 50-jährige engagierte Vereinszugehörigkeit.

Mainz

Ereignisreiche Exkursion: Am 7. Oktober war der Kreisverband Mainz auf Exkursion in Straßburg und besuchte die Europaabgeordnete Christine Schneider im Europaparlament. Auf dem Weg dorthin informierten sich die Teilnehmenden im Rheinkraftwerk Iffezheim über das gemeinsame Energie-



Zu Besuch im Rheinkraftwerk Iffezheim Foto: EUD Mainz

gewinnungsprojekt von Deutschland und Frankreich. Abends ging es dann in die Gemeinde Wissembourg an der deutsch-französischen Grenze zum Gespräch mit dem 1. Beigeordneten Jean-Louis Pfeffer.

Verantwortlich: Lisa Mandau

Hessen

Frische Impulse für den ländlichen Raum

„Europa“ im ländlichen Raum zu erklären stellt Ehrenamtliche in Hessen und Rheinland-Pfalz vor steigende Herausforderungen. Die Referenten Florian Ziegenbalg und Linda Bottin konnten gewonnen werden, um rund 30 Aktive aus den Kreis- und Ortsverbänden in beiden Bundesländern im Rahmen einer interaktiven Akademie mit neuen Ideen für die Arbeit vor Ort zu befruchten. Im Themenfeld „Zielgruppenarbeit“ stand die Reflexion der eigenen Arbeit, der Ideenaustausch und Praxistipps für die Ansprache unterschiedlicher Personenkreise im Vordergrund. „Wir wollen unsere gute Basis in der Fläche nutzen und unsere Kreisverbände für ihre Arbeit vor Ort stärken“, begründeten die beiden Landesvorsitzenden Thomas Mann (Hessen) und Dr. Norbert Herhammer (Rheinland-Pfalz) die Initiative für die Akademie.

Oberlahn

Positive Bilanz: „Der Kreisverband Oberlahn hat wieder Fahrt aufgenommen!“, so bilanziert Vorsitzender Tobias Eckert MdL die Monate seit der Vorstandswahl im Mai. Eine gemeinsame Kundgebung mit dem Städtepartnerschaftsverein, eine Stadtführung zum Thema „Europa“ sowie die erstmalige Auslobung eines Europa-Preises prägten das Jahr 2022. Für die kommenden Monate sind Europa-Stammtische mit Landespolitikern, eine Kundgebung am Europatag sowie die Jahreshauptversammlung am 2. Mai 2023 geplant. Weitere Schwerpunkte werden die Kontaktpflege zu Schulen sowie die Werbung neuer Mitglieder darstellen. Neben dem Vorsitzenden Tobias Eckert MdL gehören zum Vorstand der 2. Vorsitzende, Bürgermeister a. D. Hans-Peter Schick, Kassenwart Manfred Grein, Schriftführerin Eva Ohly und die Beisitzer Günter Hein und Hans Pross.

Kassel

Europäische Bürgerbegegnung: Vom 1. bis 4. September fand die zweite Europäische Bürgerbegegnung (EBB) in Kassel statt. 11 thematische Workshops, 40 aus dem EU-Ausland angereiste Gäste, über 120 Teilnehmende am Rahmenprogramm und eine



Demo anlässlich der Europäischen Bürgerbegegnung in Kassel

Foto: EUD Kassel

Kundgebung mit in der Spitze 500 Demonstrierenden – das ist die EBB 2022 in Zahlen. Ein großer Erfolg! Wir danken unseren Sponsoren aus dem Raum Kassel und allen Workshopleitenden sowie Gastfamilien, die dieses großartige Event möglich gemacht haben.

In den vier Tagen wurden die Brüder Grimm kennengelernt, es wurde Tango getanzt und über Demokratie diskutiert. Es wurden gute Beispiele für Klimaschutz gezeigt und über Sprache in Bild und Schrift philosophiert. Die Erinnerungskultur zu den Weltkriegen wurde beleuchtet, Weltreligionen mit ihren Gotteshäusern vorgestellt und über europaweite Reisen mit der Bahn gesprochen. Mit der Ukrainehilfe Kassel wurde weitere Hilfe auf den Weg gebracht und die Ukrainepolitik diskutiert. Viele schöne Erlebnisse in kurzer Zeit! Weitere Infos: www.kassel-ebb.eu

Schwalm-Eder

Neustart für Partnerschaft: Nach vierjähriger Unterbrechung startete eine Gruppe der Europa-Union Schwalm-Eder unter der Leitung des stellv. Kreisvorsitzenden Volker Damm in die südfranzösische Partnergemeinde Cléon d'Andran, die seit 1967/68 freundschaftliche Verbindungen zum hiesigen Wasenberg bzw. Willingshausen unterhält. Erfreulicherweise konnten Jugendliche aus dem Schwalmgymnasium und der Melanchthonschule für die Teilnahme gewonnen werden. Nach zwei Vorbereitungstreffen wurden im Anschluss an die sehr erfolgreiche Reise zwei öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, bei denen Lutz Klapp seine hervorragenden Fotos zeigte und seinen

Kunstkalender „Schönheiten der Provence 2023“ vorlegte. Mit einem Festakt „60 Jahre Deutsch-Französischer Freundschaftsvertrag/Traité d'Élysée“ am 22.1.23 will der Kreisverband die Bedeutung der Kommunal-, Schul- und Vereinspartnerschaften würdigen.

Hochtaunus

75 Jahre Europa im Kopf: Die Europa-Union Hochtaunus beging Ende September im Sitzungssaal des Rathauses Oberursel ihren 75. Geburtstag. Viele Gäste aus allen Teilen des Hochtaunuskreises hatten sich eingefunden, um dieses Ereignis zu feiern und derer zu gedenken, die im Jahr 1947 zusammengekommen waren, um im damaligen Obertaunuskreis einen Verband zu gründen, der Europa-Union heißen sollte. 32 Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Berufen, auch aus der Kommunalpolitik kommend, taten sich zusammen, um bei der amerikanischen Besatzung eine Zulassung für ihr Vorhaben zu erhalten. Den beiden Gastrednern, dem Oberurseler Lokalhistoriker Manfred Kopp und dem Historiker Christopher Kopper aus Bielefeld, gelang es, mit ihren Stories aus der Vergangenheit vor Ort und der Gründungsgeschichte der EU das Publikum zu fesseln. Vielen war nicht bekannt, dass Oberursel kurz nach dem Krieg „Heimat für Europa“ wurde, weil ein junger Kriegsheimkehrer mit der Gründung eines Verlags namens Europa-Archiv 1946 im alten Oberursel seinen Mitmenschen mit der vierteljährlichen Sammlung von internationalen Presseartikeln die Welt jenseits des zerstörten Nazireichs zeigen wollte.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Baden–Württemberg

Landesausschuss

Der turnusmäßige Landesausschuss fasste sich neben organisatorischen Fragestellungen und der Planung des kommenden Jahres mit der Europa-Strategie von ARTE. Den Teilnehmenden wurden von Lena Morel, Mitarbeiterin in der Europa-Abteilung des Senders, die wesentlichen Inhalte der Strategie vorgestellt.

Landesparteitage

Mit Infoständen bei der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Donaueschingen und beim Landesparteitag der CDU in Villingen-Schwenningen setzten Europa-Union und JEF die Präsenz bei den Parteitagen der Landesparteien fort. Die Infostände stießen auf großes Interesse, das Mitglieder der Landesregierung, Abgeordnete und andere Delegierte durch ihren Besuch unterstrichen. Erfreulich war auch, dass bei beiden Parteitagen neue Mitglieder geworben werden konnten.

Austausch

Am 20. September trafen sich Vertreter der baden-württembergischen Europaverbände mit dem AK-Europa der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Die Präsidentin der Europäischen Bewegung, Marion Johannsen, die Landesvorsitzende der Europa-Union, Evelyne Gebhardt, sowie der stellv. JEF-Landesvorsitzende, Jonathan Makurath, freuten sich, dass sie gemeinsam mit Dr. Lana Mayer, Leiterin des EDIC Stuttgart, und Nils Bunjes, Studienleiter Europa Zentrum, die gut vernetzte Europaarbeit auf dem Europäischen Flur im Europahaus vorstellen konnten. Der Austausch zeigte u. a. auf, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 ein wesentlicher Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit sein werden.

Junge Europäer – JEF

Verbandsentwicklung: Nachdem die Corona-Pandemie das Vereinsleben insgesamt

lahmgelegt hat und es einige Umbrüche im Vorstand gab und gibt, fokussieren sich die Jungen Europäer aktuell besonders auf die Verbandsentwicklung – Stichwort interne Kommunikation und Internetauftritt – und die Mitgliedergewinnung.

JEP in Göppingen: Als erste größere Veranstaltung seit der letzten Landesversammlung und erste Präsenzveranstaltung dieser Art seit Beginn der Pandemie war das Junge Europäische Parlament (JEP) am 08.11. in Göppingen ein voller Erfolg. Einen ganzen Tag lang übten sich Auszubildende aus dem Landkreis Göppingen in EU-parlamentarischer Arbeit, indem sie in Ausschüssen tagten und im Plenum über Anträge abstimmten, ganz wie im „richtigen“ EU-Parlament.

Heilbronn

6. Hertensteiner Gespräche: Die Hertensteiner Gespräche fanden erstmals auf dem Theaterschiff Heilbronn statt. Das erste Panel eröffnete Michael Georg Link MdB, Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit. Zum Thema „Welche europäischen ‚Zeitenwende‘ brauchen wir Europäer?“ diskutierten die Teilnehmenden mit Prof. Dr. Walther Heipertz im zweiten Gesprächskreis. EUD-Generalsekretär Christian Moos behandelte im dritten Panel den Strategischen Kompass der EU. Über die Perspektiven der europäischen Verteidigungspolitik diskutierte Jean Marsia von der UEF Belgien im vierten Panel. Den Abschluss des politischen Teils bildete eine Diskussion über die europäische Weltraumpolitik, zu dem Leonhard Reinwald, Vorsitzender der JEF Heilbronn, einleitete. Ein kultureller Europäischer Abend mit Christian Marten-Molnar, künstlerischer Leiter des Theaterschiffs Heilbronn, rundete die 6. Hertensteiner Gespräche ab.

Göppingen/Stuttgart

EU-Fördermittel vor Ort: In einer gemeinsamen Veranstaltung der Kreisverbände Göppingen und Stuttgart mit dem Verband der Region Stuttgart gab es die Gelegenheit zu erkunden, wie bedeutend Europa und europäische Förderung für die Region Stuttgart sind. Im Interreg-Projekt VALUE+ wurde beispielsweise die Route der Industriekultur im Filstal geschaffen.

Thomas Bopp, Vorsitzender des Verbands der Region Stuttgart, betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europas und forderte, Europa vor Ort mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Auch die beiden Kreisvorsitzenden der Europa-Union, Daniel Frey (Göppingen) und Dr. Petra Püchner (Stuttgart), forderten mehr Sichtbarkeit von Europa-Projekten in der Öffentlichkeit. Diesen Ansatz griff Göppingens Oberbürgermeister Alex Maier auf. Er betonte die Bedeutung des kommunalen Europaengagements und ging auf die Europaarbeit der Hohenstaufenstadt ein. Die Förderpolitik der EU sei, so EUD-Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt, das zentrale Instrument, um Europa vor Ort bei den Menschen sichtbar zu machen.

Göppingen

Ehrungen: Bei der Mitgliederversammlung wurde Daniel Frey als Kreisvorsitzender in seinem Amt bestätigt. In ihren Grußworten dankten der Göppinger Oberbürgermeister Alex Maier und die Göppinger Landtagsabgeordnete Sarah Schweizer den Ehrenamtlichen für ihren Einsatz und würdigten die Arbeit des Kreisverbandes. Neben den Wahlen, bei denen alle bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt wurden, standen auch Ehrungen verdienter Mitglieder auf der Tagesordnung. Frieder Birzele und Karl-Heinz Kühn wurden für 40 Jahre aktive Mitgliedschaft geehrt.

Karlsruhe

Autorinnenlesung: „Was hält die Sterne Europas eigentlich zusammen?“ war die Leitfrage eines Vortrages der Konstanzer Literaturprofessorin Aleida Assmann auf Einladung des Kreisverbandes. Dabei spann die Preisträgerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels von 2018 einen weiten Bogen, um eine Antwort darin zu finden, dass – in Anlehnung an den „Amerikanischen Traum“ – der „Europäische Traum“ (so auch der Titel ihres mittlerweile 5. Auflage erschienenen Buches) die Grundlage für das Europa der Zukunft sein müsse.

Zollernalb

Neuer Vorstand: Die Kreisversammlung wählte Dr. Dirk Seidemann, Verbandsdirektor

des Regionalverbands Neckar-Alb, zum neuen Vorsitzenden. Die langjährige Kreisvorsitzende Heide Pick wird weiterhin die ehrenamtliche Europaarbeit vor Ort als seine Stellvertreterin unterstützen. Martin Schäfer wurde im Amt des Schatzmeisters bestätigt.

Das Beisitzerteam um Anke und Michael Bitzer, Patricia Bischofberger, Manuela Heider sowie Bürgermeister Thomas Miller wird die Europaarbeit im Vorstand mitgestalten. Landrat Günther-Martin Pauli dankte den Anwesenden für ihr Engagement und ihre

tatkräftige Unterstützung der Europäischen Idee im Zollernalbkreis. Die Kreisversammlung schloss mit einem Vortrag von Heinrich Kümmerle zum Europäischen Föderalismus.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Saarland

Grenzwanderungen

Im Sommer und Herbst haben die Europa-Union Saar und JEF Saar mehrere Grenzwanderungen veranstaltet. Am 27. Juli lud die JEF zu einer Wanderung auf die Spicherer Höhen ein, einen symbolträchtigen Ort für die wechselvolle Geschichte zwischen Deutschland und Frankreich. Mit von der Partie waren die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger, Christophe Arend, Mitglied der französischen Nationalversammlung a. D. und neuer Leiter des Pariser Büros des Saarlandes, sowie der damalige Präsident des Eurodistricts Saar-Moselle, Gilbert Schuh. Wo sich einst im Deutsch-Französischen Krieg deutsche und französische Truppen eine grausame blutige Schlacht lieferten, befindet sich heute ein grenzenloses Naherholungsgebiet mit Wanderwegen, die an Kriegsdenkmälern beider Länder vorbeiführen und einem den unschätzbaren Wert von gelebtem Frieden und

Freundschaft in einem vereinten Europa bewusst machen. Anschließend ging es in das beliebte deutsch-französische Ausflugslokal Restaurant Woll, wo die Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, mit der Ministerpräsidentin über die unterschiedlichsten europapolitischen Themen zu sprechen.

Am 2. Oktober fand die gemeinsame erste „Grenzenlos-Wanderung“ von Europa-Union Saar, Europa-Union Luxemburg und Pulse of Europe Luxembourg im Dreiländereck bei Schengen und Perl an der Mosel statt. Trotz des anhaltenden Regens war es ein gelungener Ausflug, mit dem die Errungenschaft offener Grenzen gefeiert wurde. Die Wanderung führte durch die Weinberge rechts und links der Mosel. Nach einem gemeinsamen Mittagessen besuchten die Teilnehmenden das Europäische Museum in Schengen, begleitet von interessanten geschichtlichen Ausführungen des Reiseführers.

Am 22. Oktober fand bei wunderschönem Herbstwetter die zweite Grenzwand-

derung der JEF Saar mit der Bundestagsabgeordneten Chantal Kopf (Bündnis 90/Die Grünen) statt. Die Wandergruppe unterhielt sich dabei mit der Abgeordneten über die Großregion, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Energie- und Klimapolitik, den öffentlichen Personennahverkehr, Bürger*innenbeteiligung und vieles mehr. Chantals Kopfs Wahlkreis ist Freiburg im Breisgau, somit konnte auch sie ihre Erfahrungen rund um ihre Grenzregion mit den Teilnehmenden teilen.

Richtigstellung

In der vorletzten Ausgabe von „Europa aktiv“ ist uns ein Fehler unterlaufen. Fälschlicherweise wurde geschrieben: „Stockhorst wurde am 09. April von der Mitgliederversammlung an die Spitze des Landesvorstands gewählt. Er löst damit Margriet Zieder-Ripplinger ab, die den Verein vier Jahre erfolgreich geführt und nach dem Tod von Arno Krause wieder zu einem europapolitischen Schwergewicht im Saarland gemacht hatte.“ Durch diese stark verkürzte Darstellung werden die herausragenden Verdienste des 2018 verstorbenen Mitbegründers der Europa-Union Saar und Ehrenvorsitzenden des Landesvorstandes, Arno Krause, ignoriert. Dies war so nicht beabsichtigt. Betriebsblindheit, Eile und die Zwänge einer begrenzten Textlänge führten dennoch zu dieser falschen Darstellung. Denn nachdem der Verband vor 2017 in eine personell und finanziell schwierige Situation geraten war, initiierte Arno Krause einen Modernisierungs- und Reformprozess. Nur durch sein unermüdliches Engagement konnte der Verband die Baustellen meistern und wieder zu einem europapolitischen Schwergewicht werden.

Verantwortlich: Jonas Heintz



Auf den Spicherer Höhen mit Ministerpräsidentin Anke Rehlinger

Foto: JEF Saar

Nordrhein-Westfalen Monheim am Rhein

Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik im Fokus: Auf Einladung der Monheimer Europa-Union hielt Patrick Sensburg, Professor für Öffentliches Recht und Europarecht und Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, am 31.10. einen Vortrag im Bistro des Otto-Hahn-Gymnasiums. Die Kernfrage war: „Lohnt es sich, für Sicherheit zu kämpfen?“ Die Folgen des brutalen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine machten laut Professor Sensburg auch Fehlentwicklungen in Europa deutlich. Die Vulnerabilität Europas sei u. a. in den Bereichen Wasser, Gas und Stromnetze, Datennetze und Internet groß. Im Zuge der Globalisierung mit der Devise „Wandel durch Handel“ wurden demnach Sicherheitsaspekte lange Zeit zu wenig beachtet.

Nach Ansicht des Referenten wurde die Landesverteidigung insbesondere in Deutschland in den letzten 30 Jahren durch die rosarote Brille gesehen. Militärausgaben wurden als überflüssig erachtet. So sei die Personalstärke der Bundeswehr von 550.000 in den 1980er Jahren auf 182.000 im Jahr 2022 gesunken, die Ausrüstung sei unzulänglich und Waffensysteme und Munition ständen nur unzureichend zur Verfügung. Die Abschaffung der Wehrpflicht habe dazu geführt, dass die Ausbildung auch für zivile Zwecke weggebrochen sei und dass Reservisten nicht mehr im ausreichenden Maße verfügbar seien.

Die derzeitigen Schritte der Bundesregierung wiesen zumindest in die richtige Richtung mit der Bereitstellung des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, so Sensburg. In der jetzt geführten gesellschaftlichen Diskussion spiele die Landes- und Bündnisverteidigung wieder eine größere Rolle. Allmählich setze sich die Erkenntnis durch, dass die Wahrung der Integrität und der Sicherheit des Landes eine unveräußerliche Aufgabe des Staates sei.

Eine große Gefahr für Europa sei die intensivere Kooperation zwischen China

und Russland. Chinas Drohgebärden gegenüber Taiwan und die Zweifel an der langfristigen Bereitschaft der USA zur Verteidigung Europas erfordern nach Ansicht von Sensburg eine Neuorientierung der Sicherheitsarchitektur Europas. Sicherheit sei nicht nur unter militärischen, sondern auch unter wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten zu sehen.

In der anschließenden Diskussion wurde von einem Teilnehmer zur Befriedung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine gefordert: „Aufeinander zugehen, miteinander reden und miteinander handeln, aber nicht die eigenen Werte über Bord werfen“. Zum Abschluss versprach Manfred Klein, Vorsitzender der Monheimer Europa-Union: „Die Veranstaltungsreihe ‚Zukunft Europas‘ – zu der auch das Thema Sicherheit gehört – wird im nächsten Jahr mit erstklassigen Referenten und intensiven Diskussionen fortgesetzt.“



(v. l. n. r.) Manfred Klein, Josef Pahic (beide Vorstand Europa-Union Monheim), Professor Dr. Patrick Sensburg (Referent)
Foto: EUD Monheim

Leverkusen

Europafest: Am 19. Juni fand das Europafest im Park von Schloss Morsbroich statt. Höhepunkte auf der großen Bühne hinter dem Schloss waren der Auftritt des ukrainischen Duos Rokšana Smirnova und Misha Kalinin sowie der Newcomerin Laura Marti. Darüber hinaus sorgte

Ata Canani mit der Fusionsband „Karaba“ für Stimmung und der Kölner Singer-Songwriter Winfried Bode präsentierte sein Europa-Lied für Leverkusen. Auch war es eine große Freude, dazu wieder live einen Europäischen Gottesdienst mehrerer Glaubensgemeinschaften abhalten zu können. Es kamen Glaubensvertreter der Katholischen Kirche, der Buddhistischen Gemeinde, der Jüdischen Gemeinde, der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, der Evangelischen Kirche und der Muslimischen Gemeinde zu Wort. Nach dem Friedensgebet von Franz von Assisi bildete die Rede von Oberbürgermeister Uwe Richrath, der auf das Kriegsgeschehen in der Ukraine einging, den Abschluss.

Mitgliederversammlung: Am 30. Juni fand im Spiegelsaal von Schloss Morsbroich die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes statt. Nachdem Bürgermeisterin Heike Bunde das Grußwort der Stadt Leverkusen gesprochen hatte, kam Moritz Körner, Europa-Abgeordneter aus Brüssel, mit seinem viel beachteten Festvortrag „Europa – wie geht es weiter?“ zu Wort. Als höchste Auszeichnung des Landesverbandes der Europa-Union NRW wurde Ellen Loh-Bachmann (Eloba) das Ehrenkreuz NRW aufgrund ihrer hervorragenden Leistung für die Planung und Durchführung des zum ersten Mal online gestalteten 7. Europäischen Künstlerwettbewerbs für den Landesverband NRW und den Kreisverband Leverkusen der Europa-Union Deutschland verliehen. Bei den Vorstandswahlen wurde Paloma Krasa als neue Vorsitzende gewählt. Sie trat die Nachfolge von Elke Müller an. Rüdiger Hermanns, Uwe Bräutigam und Bernd Schiefer wurden als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Verantwortlich:
Anne Gödde & Simon Gutleben



Brüssel

Präsident des Bundesverfassungs- gerichts zu Gast

Auf Initiative des Brüsseler EUD-Verbands und auf Einladung von Jacqueline Bernhardt, Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, am 24. Oktober einen Vortrag über die „Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem“. Rund 200 Interessierte kamen zu der Veranstaltung in die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern bei der EU.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Verletzungen des Rechtsstaatsprinzips in einigen EU-Mitgliedstaaten verwies Justizministerin Bernhardt in ihrer Begrüßungsrede auf die Relevanz der EU als Garant für Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zugleich hob sie auf die Wichtigkeit einer engen Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten ab, um den hohen Grundrechtsschutz innerhalb der EU auch künftig zu gewährleisten.

Präsident Harbarth zeichnete in seinem Vortrag die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichts zum Grundrechtsschutz auf der nationalen und der europäischen Ebene nach. Dabei ginge es im Kern auch immer um die Frage, ob europäisches Recht dem nationalen Recht vorgeht. Wegen des hohen Rangs, der den Grundrechten im deutschen Verfassungsrecht zukomme, habe sich das Bundesverfassungsgericht anfangs sehr schwer getan, weil es ein vergleichbares Schutzniveau auf der europäischen Ebene verneinte. Durch die Entwicklung der EU-Verträge und insbesondere die Charta der Grundrechte gebe es heutzutage jedoch im Bereich des Grundrechtsschutzes kaum mehr Konflikte zwischen BVerfG und EuGH. Vielmehr ergänzten sich europäische und nationale Gerichte bei der Gewährleistung eines effektiven Schutzes der europäisch und national gewährleisteten Grundrechte. Zu einem gemeinsamen Verständnis habe auch der seit langem etablierte Dialog

der Verfassungsgerichte mit dem Europäischen Gerichtshof beigetragen.

Vor dem Hintergrund der jüngst beobachteten Spannungen zwischen EuGH und BVerfG, insbesondere das Urteil des BVerfG zum EZB-Anleihekaufprogramm betreffend, stellt sich die Frage nach der Kompetenzverteilung und den jeweiligen Autoritätsansprüchen beider Höchstgerichte. Harbarth verteidigte die Befugnis des Bundesverfassungsgerichts, die Einhaltung der Grenzen zu prüfen, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der Übertragung von Befugnissen gesetzt haben („ultra vires“). Auch wenn er am Ende offenließ, wie der bestehende Widerspruch in diesem konkreten Fall aufgelöst werden kann, unterstrich er, dass innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der EU das europäische Recht Vorrang habe, auch vor nationalem Verfassungsrecht. Er widersprach damit ausdrücklich der Position etwa des polnischen Verfassungsgerichts, das generell einen Vorrang der nationalen Verfassung postuliert.

In der anschließend von Prof. Frank Hoffmeister moderierten Podiumsdiskussion zwischen BVerfG-Präsident Harbarth und Matthias Wendel, Professor für Öffentliches und Europarecht an der Universität Leipzig, wurde der aktuelle Stand des Grundrechtsschutzes in der EU in den Blick genommen und die Relevanz eines kontinuierlichen Austauschs zwischen EuGH, BVerfG und den nationalen Gerichten hervorgehoben.



(v. l. n. r.) Dr. Lars Friedrichsen, Ministerin Jaqueline Bernhardt, Prof. Dr. Stephan Harbarth, Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Prof. Dr. Matthias Wendel
Foto: LV Mecklenburg-Vorpommern

Kurzfassung des Artikels „Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu Besuch bei der Europa-Union Brüssel“ von Reinhard Boest, erschienen am 25.10.22 in www.Belgieninfo.net.

Verantwortlich: Julia Preiß



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

5/2022

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v.i.S.d.P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.12.2022
Annahmetermin für Ausgabe 1/2023: 23.01.2023
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

ACHTUNG!
Neue Telefonnummer

Die Europa-Union Deutschland
und ihre Bundesgeschäftsstelle
sind telefonisch ab sofort
erreichbar unter

(0 30) 9 21 01 40 00



Kalenderausblick 2023

Europäische Ereignisse und historische Daten bieten in 2023 hinreichend Anlässe für Aktivitäten und Projekte unseres Verbandes. Eine Auswahl: Die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt Schweden am 1. Januar, Spanien hat diese ab 1. Juli für das 2. Halbjahr inne. In sieben EU-Mitgliedstaaten finden Wahlen statt: Präsidentschaftswahl in Tschechien (13./14.01.), Parlamentswahlen in Estland (05.03.), Finnland (02.04.), Griechenland (Frühjahr), Spanien, Luxemburg und Polen (alle drei im Herbst). Zu den europäischen Jubiläen zählen u. a. der 75. Jahrestag des Haager Kongresses am 7. Mai und das 50. Jubiläum der ersten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Anfang Juli. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird am 10. Dezember 75 Jahre alt. Am 30. April vor 25 Jahren wurde das Friedensabkommen für Nordirland abgeschlossen, am 21. November jährt sich zum 10. Mal der Beginn der Euromaidan-Proteste in der Ukraine.

Die Europawoche 2023 findet wie immer im Mai statt, allerdings mit einem Novum: Der Zeitraum wurde laut Beschluss der Europaministerkonferenz verlängert. Aus der Europawoche werden erstmals bundesweite Europawochen vom 30. April bis 30. Mai. Im Rahmen der Europawochen ist auch der EU-Projekttag an den Schulen geplant: Termin ist der 22. Mai.

Die beiden wichtigsten Gremientagungen der Europa-Union Deutschland können im neuen Jahr – hoffentlich – wieder in Präsenz stattfinden. Der EUD-Bundesausschuss wird gemeinsam mit dem JEF-Bundesausschuss am 25. März in Berlin zusammentreten. Der 66. Bundeskongress der Europa-Union tagt am 14. und 25. Oktober in Halle (Saale).

Passend zum „Europäischen Jahr der Kompetenzen 2023“ bietet der EUD-Bundesverband nach dreijähriger pandemiebe-

dingter Zwangspause wieder eine Sommerakademie für Verbandsaktive an. Termin: 30. Juni bis 02. Juli in Fulda. Darüber hinaus wird die Reihe der Online-Akademien, die gemeinsam von EUD und JEF organisiert werden, fortgeführt.

Zu den zentralen Veranstaltungen der EUD am Politikplatz Berlin zählt der Europäische Abend. Er findet in Kooperation mit dem dbb, dem Bundesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement und zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss des Bundestages am 19. April und am 18. Oktober statt.

Ihre Fortsetzung finden im neuen Jahr auch unsere bundesweiten Bürgerdialoge „Europa: Wir müssen reden“. Neben Online-Formaten werden wir damit wieder häufiger vor Ort sein und zu „Rathausgesprächen“ in Zusammenarbeit mit Landes- und Kreisverbänden einladen. Verfolgen Sie dazu unsere Terminankündigungen auf den Social Media Kanälen, auf der EUD-Homepage und in unseren EUD News (-Letter). ■



Foto: Birgit Kößling

Einen guten Start in das Jahr 2023 allen unseren Leserinnen und Lesern!

Die Redaktion von „Europa aktiv“ und das Team der EUD-Bundesgeschäftsstelle wünscht Ihnen Gesundheit, viele glückliche Momente und schöne Erlebnisse – und uns allen Mut, Ausdauer und natürlich auch Freude bei unserem Einsatz für Europa (allen schwierigen Herausforderungen zum Trotz)!